

für Mitglieder und Freunde der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Hameln e. V.
 Redaktion: Hans – Georg Spangenberg

1. Juden und Christen – in den deutschsprachigen und anderen europäischen Ländern

- **Die Antisemitismusbeauftragte der Generalstaatsanwaltschaft Berlin, Claudia Vanoni, erhält zunehmend Berichte über Judenfeindlichkeit von Muslimen.** „Aus der polizeilichen Statistik ergibt sich das nicht“, sagte sie der „Welt“: „Aber auch mir wird in Gesprächen mit jüdischen Organisationen immer wieder berichtet, dass Jüdinnen und Juden Antisemitismus von Muslimen als größtes werdendes Problem wahrnehmen.“ Kontakte mit muslimischen Verbänden diesbezüglich sind laut Vanoni „bisher nicht“ geplant. Aktuell konzentrierte sie sich darauf, „die Zusammenarbeit mit den jüdischen Organisationen weiter auszubauen und erste gemeinsame Maßnahmen umzusetzen“. Die Oberstaatsanwältin ist seit Anfang September die bundesweit erste Antisemitismusbeauftragte der Strafverfolgungsbehörden. Mit Blick auf die immer wieder geäußerte Kritik, die Kriminalstatistik sei beim Themenfeld Judenfeindlichkeit verzerrend, räumte Vanoni ein, dass die Polizei antisemitische Delikte bereits dann als „rechtsmotiviert“ einstufe, wenn diese „keinem anderen Phänomenbereich der politisch motivierten Kriminalität zugeordnet werden können und keine Anhaltspunkte gegen eine rechtsgerichtete Tat sprechen“. Zugleich kündigte sie Fortbildungen für Staatsanwälte an, etwa zu Ursachen und Erscheinungsformen von Antisemitismus, „damit antisemitische Motive von Straftaten noch besser erkannt werden können“. Antisemitismus sei als Tatmotiv nicht bei jeder Tat direkt sichtbar. Deshalb brauche es ein einheitliches Verständnis. Außerdem fordert die Beauftragte eine bessere Erfassung antisemitischer Delikte: „Mir geht es darum, das Vertrauen der jüdischen Gemeinschaft in die Arbeit der Strafverfolgungsbehörden zu stärken.“ Studien zeigten beispielsweise, dass viele Opfer antisemitischer Straftaten vor einer Anzeige zurückschreckten oder sie für sinnlos erachteten: „Das möchte ich ändern und die Betroffenen ermutigen, Strafanzeige zu erstatten.“ Dass in Berlin im Vergleich zur Einwohnerzahl die meisten antisemitischen Straftaten erfasst werden, so Vanoni, „dürfte unter anderem daran liegen, dass durch das Engagement zivilgesellschaftlicher Akteure mehr Straftaten gemeldet werden als anderswo“. Sie denke dabei etwa an die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus, die gut mit der Polizei zusammenarbeite. (kna öki 15.01.2019)
- **Die Evangelische Kirche in Mitteldeutschland (EKM) hat in Halle zum zweiten Mal ihren Werner-Sylten-Preis für christlich-jüdischen Dialog vergeben.** Die Auszeichnung ging an die frühere Magdeburger Superintendentin Waltraud Zachhuber, den ehemaligen Pfarrer von Klötze, Klaus Pacholik, sowie das Evangelische Schulzentrum Mühlhausen. Der Preis ist mit insgesamt 1.500 Euro dotiert. Die frühere Magdeburger Dompredigerin Zachhuber wurde geehrt, weil sie Kirchenbesucher für das antijüdische Bildprogramm des Doms sensibilisiert habe. Überdies habe sie im Rahmen einer Arbeitsgruppe antijudaistische Vorurteile in der kirchlichen Verkündigung aufgearbeitet und engagiere sich als Vorstandsvorsitzende des Fördervereins „Neue Synagoge Magdeburg“. Pacholik habe sich um die Erforschung jüdischen Lebens in der Altmark verdient gemacht und Gedenkveranstaltungen an die nationalsozialistischen Pogrome von 1938 angeregt. Das Evangelische Schulzentrum Mühlhausen setze sich für die Bewahrung des jüdischen Beitrags zur Stadtgeschichte sowie gegen Antisemitismus und Rassismus ein. So böten die Schülerinnen und Schüler Führungen durch die Synagoge der Stadt an. Der Namensgeber des neuen Preises, Werner Sylten (1893-1942), war ein evangelischer Theologe, der 1936 wegen seiner jüdischen Abstammung aus dem Pfarrdienst entlassen wurde. Nach Angaben der EKM half er mit, das Leben von mehr als tausend „nichtarischen“ Christen zu retten, und wurde von den Nationalsozialisten ermordet. 1979 nahm die israelische Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem Sylten unter die „Gerechten unter den Völkern“ auf. (kna öki 15.01.2019)
- **Mit Verve betont Papst Franziskus die Nähe zwischen Christen- und Judentum.** „Für den Juden wie für den Christen gibt es keinen Zweifel daran, dass das Hauptgebot in der Liebe zu Gott und der Liebe zum Nächsten besteht.“ Das schreibt der Papst, der in seinen Frühmessen sonst gerne mal die blinde Gesetzeshörigkeit der „Schriftgelehrten“ aus der Zeit Jesu kritisiert, im Vorwort zu einem Buch mit dem Titel „Bibel der Freundschaft“. Der Text wurde vom Vatikan veröffentlicht. Wem die Fortschritte im christlich-jüdischen Gespräch nicht schnell genug gehen, dem gibt Franziskus zu bedenken, „dass wir neunzehn Jahrhunderte christlichen Antijudaismus hinter uns haben und dass einige Jahrzehnte des Dialogs im Vergleich dazu sehr wenig sind“.

Immerhin sei es in letzter Zeit zu sehr vielen Schritten aufeinander zu gekommen. „Juden und Christen sollten sich als Brüder und Schwestern fühlen, vereint im Glauben an den einen Gott und durch ein reiches, gemeinsames geistliches Erbe, auf das sie sich stützen und die Zukunft weiter aufbauen können“. Auf die vom emeritierten Papst Benedikt XVI. unlängst angestoßene Debatte, ob die Juden wirklich die „älteren Brüder“ der Christen sind, geht Franziskus nicht ein. Der heilige Johannes Paul II. hatte die Juden beim Besuch der römischen Synagoge als „ältere Brüder“ bezeichnet; Benedikt gab nun Zweifel daran zu erkennen, ob diese Formulierung oder auch die Rede vom „niemals gekündigten Bund“ Gottes mit dem jüdischen Volk für das christlich-jüdische Gespräch wirklich hilfreich sind. Franziskus ist eng mit dem argentinischen Rabbiner Abraham Skorka befreundet, mit dem er noch in seiner Zeit als Erzbischof von Buenos Aires ein Gesprächsbuch veröffentlichte.

Das Buch „Bibel der Freundschaft“ bietet Kommentare zur Thora aus jüdischer wie christlicher Sicht; (es erschien am 18. Januar in italienischer Sprache.) In seinem Vorwort, das von der Vatikanzeitung Osservatore Romano veröffentlicht wurde, betont Papst Franziskus, der beste Weg des Dialogs bestehe darin, „nicht nur zu sprechen und zu diskutieren, sondern gemeinsam Projekte zu verwirklichen“. Juden wie Christen seien dazu aufgerufen, „Zeugen der Liebe des Vaters in der ganzen Welt zu sein“. Der Papst kommt auch auf Störungen und Hindernisse im christlich-jüdischen Miteinander zu sprechen. „Wir müssen intensiver daran arbeiten, um Vergebung zu bitten und die durch Unverständnis angerichteten Schäden zu beheben. Die Werte, Traditionen und großen Ideen, die das Judentum und das Christentum gemeinsam haben, müssen in den Dienst der Menschheit gestellt werden.“ Ausdrücklich fordert Franziskus die Christen zu stärkerem Studium jüdischer Texte, etwa der Thora, auf. Es sei „von entscheidender Bedeutung für die Christen, das Wissen über die jüdische Tradition zu entdecken und zu fördern, um sich selbst authentischer verstehen zu können“. Für Benedikt XVI. war ein fiktiver Dialog mit einem Rabbiner über die Bergpredigt der Ausgangspunkt für die von ihm während seines Pontifikats veröffentlichten Jesusbücher. (vatican news, Stefan von Kempis 16.01.2019)

- **Dichter Autoverkehr, mehrspurige Straßen, Hotelketten - und mittendrin ein Gotteshaus, das drei Religionen Platz bietet: „House of One“ soll es heißen, „Haus des Einen“.** Die Idee, ein Bet- und Lehrhaus zu bauen, das Juden, Christen und Muslime unter einem Dach vereint, entstand vor neun Jahren. Seitdem laufen die Planungen. Am 14. April 2020 soll der Grundstein gelegt werden. Es ist der Tag der Uraufführung von Lessings „Nathan der Weise“ im Jahr 1783. Ein bewusst gewähltes Datum, steht das Drama mit seiner Ring-Parabel doch wie kein anderes für Toleranz zwischen den Religionen und für Dialogbereitschaft. Das auf dem Petriplatz im Zentrum Berlins geplante Gebäude wird eine Synagoge, eine Kirche und eine Moschee umfassen, die mit einem Gemeinschaftsraum verbunden sind. In dieser Form ist es nach Angaben der Träger weltweit einzigartig. Geplant ist ein dreistufiger Ziegelbau in kubischen Formen. Das Konzept des Architekturbüros Kuehn Malvezzi Architekten belegte 2013 bei einem Architektenwettbewerb den ersten Platz. Auch soll den verschiedenen religiösen Bedürfnissen Rechnung getragen werden: So ist eine eigene Küche für die jüdische Seite geplant, damit das Essen koscher zubereitet werden kann und sich auch orthodoxe Juden wohlfühlen sollen. Ein Jahr lang warben die Veranstalter für das Projekt mit einem Info-Pavillon auf dem Petriplatz. Interreligiöse Veranstaltungen fanden hier statt, Andachten, Lesungen. Viele tausend Besucher aus 15 Ländern kamen und informierten sich über den Bau. Jetzt wurde „der Platzhalter“ für das „House of One“ geschlossen: Denn vor der Grundsteinlegung wird der Baugrund, der zu den frühesten Siedlungsgebieten Berlins gehört, noch von Archäologen untersucht. Dann werden rund 70 über 30 Meter lange Betonpfeiler eingesetzt, um den einst sumpfigen Grund zu stabilisieren. Das geplante Projekt „House of One“ stehe für die „Offenheit und Vielfalt der Stadt und der Welt“, sagte Kulturstaatssekretär Gerry Woop (Linke). Es zeige, wie „erfolgreich man sein kann, wenn man im Dialog bleibt“. Pfarrer Gregor Hohberg von der evangelischen Kirchengemeinde Sankt Petri-Sankt Marien betonte: „Wir stehen hier Seite an Seite, Juden, Christen und Muslime, weil wir gemeinsam Frieden suchen.“ Zum Dialog seien aber auch andere Religionen, „Religionssucher“ und Atheisten eingeladen. Der Vorsitzende des Stiftungsrats für das Projekt, Rabbiner Andreas Nachama, erklärte: „Uns eint der Spruch: Wenn man nicht an Wunder glaubt, ist man kein Realist.“ Der muslimische Vertreter, Imam Kadri Sanci, zeigte sich erfreut, dass die langjährigen Planungen „das Band der Freundschaft und des Friedens“ zwischen den Beteiligten gestärkt hätten. Der Pavillon kehre nun zurück nach Wittenberg: Dort war er beim Reformationsgedenken im vergangenen Jahr aufgebaut. Eine Bauzeit von drei Jahren und Kosten in Höhe von 43,5 Millionen Euro veranschlagen die Träger für das „House of One“. 8,5 Millionen Euro seien an Spenden und Zuwendungen bereits eingegangen, 10 Millionen Euro habe der Bund zugesagt unter dem Vorbehalt, dass das Land Berlin und private Geldgeber jeweils weitere 10 Millionen Euro beisteuern. Die verbleibende Lücke von 5 Millionen Euro solle durch Spenden aufgebracht werden. So symbolträchtig wie das Datum der Grundsteinlegung ist auch der Platz, an dem der

Bau entstehen soll. Hier hat die Petrikirche gestanden, die um 1230 entstandene erste Kirche Berlins, zerstört im Zweiten Weltkrieg. „Es gibt keinen besseren Platz für diesen Bau“, betonte Landesarchäologe Matthias Wemhoff mit Blick auf das „House of One“. Rund 800 Jahre seien Menschen an diesem Ort „mit ihren Anliegen zu Gott gekommen“, so Wemhoff: „Wir dürfen solche Plätze nicht leer lassen.“ (kna öki 22.01.2019)

- **Eine Delegation der Orthodoxen Rabbinerkonferenz Deutschlands hat sich mit dem emeritierten Papst Benedikt XVI. getroffen.** Missverständnisse zwischen beiden Seiten seien inzwischen ausgeräumt, sagte der Stuttgarter Rabbiner Yehuda Pushkin dem vatikanischen Internetportal „Vatican News“. Ein weiteres Gespräch habe es mit Kurienkardinal Kurt Koch gegeben, der im Vatikan für die Beziehungen zum Judentum zuständig ist. Nach einem Aufsatz des emeritierten Papstes über das Verhältnis von Christen und Juden im Juli 2018 hatte es zahlreiche, auch kritische Reaktionen gegeben. Es habe sich die Frage gestellt, ob Benedikt XVI. damit hinter die Konzilserklärung *Nostra aetate* über das Verhältnis der katholischen Kirche zum Judentum zurückgehe, sagte Pushkin. Nach dem Gespräch sei er „auf jeden Fall beruhigt“. Die Rabbiner könnten „dieses Beruhigungsgefühl in der jüdischen Welt Deutschlands weiter mitteilen“, so Pushkin. Der Darmstädter Rabbiner Jehoschua Ahrens sagte, auch die Kontroverse um Benedikt XVI. zeige, „dass es konstruktiv weitergeht, dass so etwas keine Dellen hinterlässt“. Höhen und Tiefen im katholisch-jüdischen Dialog seien „ganz normal“. Heute seien die Beziehungen so gut wie nie zuvor. Das Treffen der orthodoxen Rabbiner mit dem emeritierten Papst folgte auf eine publizistische Debatte zu dem Aufsatz Benedikts XVI. Der orthodoxe Wiener Oberrabbiner Arie Folger sagte „Vatican News“, man könne sich einen Dialog mit den Katholiken über den Punkt der Landverheißung an die Juden vorstellen; darüber habe er den emeritierten Papst informiert. (kna öki 22.01.2019)
- **Der Zentralrat der Juden in Deutschland will gemeinsam mit der Bundesregierung und den Ländern nach Möglichkeiten suchen, damit bei Examensterminen künftig jüdische Feiertage berücksichtigt werden.** Das kündigte Zentralratspräsident Josef Schuster in der „Jüdischen Allgemeinen“ an. Derzeit fielen Examenstermine durchaus auf jüdische Feiertage, die Situation sei „äußerst unbefriedigend und sorgt in der jüdischen Gemeinschaft verständlicherweise für Ärger“. Es gehe dabei beim zweiten medizinischen Staatsexamen um Termine im Oktober und April, die mit Jom Kippur und im kommenden Jahr mit Pessach zusammenfielen. Religiösen jüdischen Studenten sei es unmöglich, an Feiertagen Klausuren zu schreiben. „Es wäre zu prüfen, ob die bisherige Regelung gegen das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz verstößt“, so Schuster. „Mir kann niemand erzählen, dass es unmöglich sein soll, Prüfungen auf Werktage zu legen, die keine jüdischen Feiertage mit Schreibverbot sind.“ In anderen Fächern - wie Jura seien die Examenstermine nicht bundesweit zur gleichen Zeit, sondern in den einzelnen Bundesländern terminiert. Da müsste das erst recht möglich sein, meinte Schuster. Bereits vor mehr als zehn Jahren seien erste Fälle bekannt geworden, seitdem sei der Zentralrat wegen des Themas in intensivem Kontakt mit den zuständigen Behörden auf Bundes- und auf Landesebene. Die bisherigen Reaktionen seien allerdings - besonders im Hinblick auf die Staatsexamina - wenig überzeugend gewesen. „Zwar betonen alle, wie wichtig ihnen religiöse Vielfalt und die Religionsfreiheit seien, aber wirkliche Schritte für eine Lösung des Problems wurden nicht unternommen.“ (kna öki 22.01.2019)
- **Der Gesprächskreis „Juden und Christen“ beim Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) plant angesichts der Irritationen über einen Aufsatz des emeritierten Papstes Benedikt XVI. eine wissenschaftliche Publikation zu den offenen Fragen des christlich-jüdischen Dialogs.** Bei einem Gespräch mit dem Präsidenten des Päpstlichen Rates zur Förderung der Einheit der Christen, Kardinal Kurt Koch, im Vatikan lud der Gesprächskreis den Kardinal zu einer öffentlichen Auftaktveranstaltung dazu ein, wie der Deutsche Koordinierungsrat der Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit (DKR) in Bad Nauheim mitteilte. Koch habe darauf hingewiesen, dass der Diskurs auf regionaler Ebene ebenso wichtig sei wie die Arbeit im Vatikan. Aktivitäten des DKR und des ZdK-Gesprächskreises gäben wichtige Impulse, die die Kommission bereichern würden. Bei dem Gespräch bekräftigte der Kardinal nach den Angaben, bei dem im Juli 2018 in der Zeitschrift „Communio“ veröffentlichten Text handele es sich nicht um ein Schreiben mit lehramtlicher Autorität, sondern um die Position eines einzelnen Gelehrten. Während das Dokument *Nostra aetate* des Zweiten Vatikanischen Konzils höchste lehramtliche Autorität genieße und auch der Text der Vatikanischen Kommission anlässlich des 50. Jahrestags der Promulgation von *Nostra aetate*, auf den sich der Aufsatz des emeritierten Papstes bezogen habe, kirchenamtlich autorisiert sei, gebe letzterer allein dessen persönliche Auffassung wieder. Ausdrücklich wies Koch die Lesart zurück, dass Joseph Ratzinger/Benedikt XVI. mit dem Artikel die Karfreitagsfüßbitte für den Außerordentlichen Ritus theologisch untermauern wollte. Er habe

mit seinen Ausführungen *Nostra aetate* in keiner Weise in Frage stellen wollen und stehe auch voll hinter dem Kommissionstext. Er habe nur an zwei Punkten eingehakt und theologische Kritik geübt, etwa ob man vom biblischen Verständnis her überhaupt von einer „Kündigung“ des Bundes sprechen könne. Die Fragen, die er aufwerfe, seien es wert, bedacht zu werden - nicht um etwas zurückzunehmen, sondern um es zu vertiefen. So ziele etwa die Formulierung einer „Umstiftung des Sinai-Bundes in den neuen Bund im Blute Jesu“ auf das katholische Selbstverständnis und wolle das Judentum nicht abwerten, da auch von Benedikt XVI. nicht bestritten werde, dass der Bund mit Israel ewig gültig sei. Freilich zeige die Debatte, dass auf katholischer Seite die Frage, wie der christliche Glaube an die Heilsuniversalität Christi und die ebenso klare Glaubensaussage vom nie aufgekündigten Bund Gottes mit Israel überzeugend zusammengedacht und ohne Verletzungen ausgesprochen werden kann, noch nicht ausreichend beantwortet sei und des weiteren Nachdenkens bedürfe. Die Mitglieder des Präsidiums des DKR und die Leiter des Gesprächskreises „Juden und Christen“ beim ZdK gaben zu bedenken, dass der Dialog auch nach 50 Jahren noch ein „zartes Pflänzchen“ sei, weshalb es umso wichtiger sei, dass das entstandene Vertrauen nicht durch missverständliche Äußerungen gefährdet würde. Koch erklärte, dass im Dialog zwischen Juden und Christen keine Seite der anderen ihre Glaubensüberzeugung streitig machen dürfe und man sich gegenseitig auch unbequeme Glaubenswahrheiten zumuten müsse. Er beklagte in diesem Zusammenhang, dass im Dialog mit den Juden nicht alle Katholiken offen sprechen würden, quasi ihr Kreuz versteckten. Er mahnte mehr Ehrlichkeit im Dialog auf Augenhöhe von allen Seiten an. Alle Gesprächsteilnehmer stimmten darin überein, dass die theologische Arbeit weitergehen müsse. Das gelte auch für das Verständnis der religiösen Bedeutung des Landes Israel. Abschließend hoben alle Gesprächspartner die gesellschaftliche Bedeutung des jüdisch-christlichen Dialogs hervor: „Juden und Christen verbindet der Glaube an den Einen Gott. Nur wenn klar ist, dass die Kirchen das Judentum wirklich anerkennen, können wir antijüdischen Stereotypen den Boden entziehen und zum Wohl der Gesellschaft zusammenarbeiten“, so die Leitungen des DKR und des Gesprächskreises beim ZdK. Das Gespräch im Vatikan fand am 22. Januar statt. (kna öki 12.02.2019)

- **Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) will den interreligiösen Dialog stärken. Das Land solle sich für gemeinsame Projekte der Jerusalem Foundation engagieren, die den Austausch von Religionen und Kulturen voranbringe**, sagte er dem Internetportal domradio.de des Erzbistums Köln. Die vom früheren Ministerpräsidenten Johannes Rau (SPD) begründete traditionelle Zusammenarbeit sei unter der rot-grünen Regierung unter Hannelore Kraft (SPD) ausgesetzt worden. Laschet ist seit 2018 ehrenamtliches Mitglied der Jerusalem Foundation Deutschland. Die Stiftung wurde 1966 vom damaligen Jerusalemer Bürgermeister Teddy Kollek gegründet. Sie versteht sich als Brückenbauer zwischen den Religionen und Gesellschaften in Jerusalem und hat weltweit ein Dutzend Vertretungen, seit 2008 auch in Deutschland. In den vergangenen fünf Jahrzehnten realisierte sie mehr als 2.000 Projekte, etwa gemeinsame Aktionen von Hebräisch und Arabisch sprechenden jungen Menschen. Vorsitzender der deutschen Abteilung ist Hessens Ministerpräsident Volker Bouffier (CDU). Die Stiftung leistet nach den Worten Laschets so Wichtiges, dass NRW sich engagieren sollte. „Diese besondere Tradition will ich wiederbeleben“, so der Ministerpräsident. Die Beziehung zu Israel sei „Teil unserer Geschichte in Deutschland“. Jerusalem mit den heiligen Stätten der drei großen Weltreligionen Judentum, Christentum und Islam leidet laut Laschet unter Spannungen, die vom Nahost-Konflikt überlagert würden. „Das ballt sich alles auf wenigen Quadratkilometern.“ Dennoch sei die Stadt auch ein Ort, an dem der Austausch der Kulturen und der Religionen stattfindet. „Und genau das ist es, was die Jerusalem Foundation voranbringen will.“ Auch in Deutschland müsse der interkulturelle Austausch gefördert werden, so Laschet. „Wir haben keine heiligen Stätten, aber wir haben zuweilen trotzdem Konflikte.“ Wichtig sei der Jugendaustausch mit Israel, an dem auch junge Menschen aus Einwandererfamilien teilnehmen sollten. Als Kinder und Jugendliche in der Bundesrepublik müssten sie die besondere Verantwortung Deutschlands aufgrund der Nazi-Verbrechen verstehen und akzeptieren. (kna öki 12.02.2019)
- **Für die katholischen Bischöfe in Deutschland ist das Gespräch mit dem Judentum von herausgehobener Bedeutung.** Das betonen die Bischöfe in einer in Bonn von der Deutschen Bischofskonferenz veröffentlichten Stellungnahme. Zugleich heißt es dort, dass sie sich weiterhin gegen jede Form von Antisemitismus und für die Förderung jüdischen Lebens einsetzen zu wollen. Zu den Voraussetzungen des Dialogs gehöre ferner, „dass die Kirche keine Judenmission betreibt und auch keine Interessen dieser Art verfolgt“: „Angesichts der jahrhundertelangen Existenz auch eines christlichen Antijudaismus, dessen Erbe uns immer noch mit Schmerz und Scham erfüllt, sehen wir in den freundschaftlichen Beziehungen zum Judentum, wie sie in den vergangenen Jahrzehnten gewachsen sind, einen Durchbruch zu einer gemeinsamen friedlichen Zukunft.“

Nach den Worten der Bischöfe verbinden „Einspruch und Widerstand gegen Gewalt im Namen Gottes und das unzweideutige Bekenntnis zur Religionsfreiheit“ Juden und Christen. In einer Welt, in der nicht selten soziale und politische Konflikte religiös motiviert oder verstärkt würden, könnten der Dialog und die Zusammenarbeit von Juden und Christen in Deutschland und anderen Ländern ein Modell sein für ein „friedliches, von gegenseitigem Respekt und Verständnis bestimmtes Zusammenleben von Menschen mit unterschiedlichen religiösen und weltanschaulichen Erfahrungen“. Anlass für die Stellungnahme der Bischöfe sind zwei Erklärungen aus dem orthodoxen Judentum. Am 31. August 2017 überreichten Vertreter der Europäischen Rabbinerkonferenz, des Rabbinischen Rats von Amerika und des Israelischen Oberrabbinats Papst Franziskus die Erklärung „Between Jerusalem and Rome“ („Zwischen Jerusalem und Rom“). Die „Reflexionen zu 50 Jahre „Nostra aetate“ nehmen Bezug auf die in diesem Dokument des Zweiten Vatikanischen Konzils (1962-1965) festgehaltenen Überlegungen zum Verhältnis zwischen katholischer Kirche und nicht-christlichen Religionen. Bereits Ende 2015 hatte eine Gruppe orthodoxer Rabbiner unter dem Titel „Den Willen unseres Vaters im Himmel tun: Hin zu einer Partnerschaft zwischen Juden und Christen“ eine Erklärung zum Christentum veröffentlicht. Die deutschen Bischöfe sind die ersten, die auf Ebene der Bischofskonferenz auf diese beiden Schreiben der jüdisch-orthodoxen Vertreter antworten. Mit Blick auf die aktuelle politische Lage zeigen sich die Bischöfe dankbar dafür, „dass die Rabbiner auf die schwierige Lage der Christen im Mittleren Osten und anderen Teilen der Welt aufmerksam machen, deren Religionsfreiheit stark eingeschränkt ist, die sozial diskriminiert und nicht selten offen verfolgt werden“. (kna - cs 13.02.2019)

- **Bayerns Antisemitismusbeauftragter Ludwig Spaenle hat für 2021 ein bundesweites Jubiläumsjahr „1.700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“ angeregt.** Damit könne verdeutlicht werden, dass Juden das Land bereits mehr als tausend Jahre vor der Schoah vielfältig geprägt hätten. Das Jubiläum bezieht sich auf eine Urkunde von 321, dem frühesten Beleg der Existenz einer jüdischen Gemeinde in Köln. Vertreter des Zentralrats der Juden in Deutschland, des Zentralkomitees der deutschen Katholiken und des Deutschen Evangelischen Kirchentags haben vor einem Jahr in der Kölner Synagoge den Verein „321: 1.700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“ gegründet, der „die Bedeutung der jüdischen Kultur und Geschichte für Deutschland und Europa wachhalten“ will. Spaenle erläuterte vor Journalisten in München, wie ein solches Jubiläumsjahr auf Landesebene gestaltet werden könnte. So sei eine von Bayern und Baden-Württemberg vorbereitete Landesausstellung im Raum Ulm denkbar, wo es bereits im hohen Mittelalter eine jüdische Gemeinde gab. Die großen jüdischen Museen in Augsburg, Fürth und München könnten sich beteiligen, ebenso die 13 jüdischen Gemeinden im Freistaat. Synagogenbauten, die nicht mehr als Gotteshäuser dienen, ließen sich für Kulturveranstaltungen nutzen, etwa in Kronach und Kitzingen. Die Initiative zur Digitalisierung der Archivalien von mehr als 300 ehemaligen jüdischen Gemeinden in Bayern sollte, so Spaenle, in Absprache mit anderen Bundesländern ausgeweitet werden. (kna öki 19.02.2019)
- **Antijudaismus im Neuen Testament beruht nach Ansicht des Wiener evangelischen Theologen Hans Förster in weiten Teilen auf Übersetzungsfehlern und falscher Tradition.** Entsprechende Lesarten in den aktuellen Bibelübersetzungen stammten nicht aus dem griechischen Text, sondern aus der lateinischen Vulgata und der Lutherbibel, schreibt Förster in einem Beitrag für die „Herder Korrespondenz“. Er fordert einen „Paradigmenwechsel in der neutestamentlichen Wissenschaft“. Dabei müssten nicht zuletzt die Standardwörterbücher überarbeitet werden, die im Kern auf dem Forschungsstand im 19. und im beginnenden 20. Jahrhundert aufbauten. Als Beispiel für eine verfälschende Übersetzung nennt Förster einen Vers aus dem Matthäusevangelium (12,14). Die revidierte katholische Einheitsübersetzung laute hier ebenso wie die Vorgängerfassung: „Die Pharisäer aber gingen hinaus und fassten den Beschluss, Jesus umzubringen.“ Das griechische Verb „apollymi“ beinhalte aber keineswegs eine ausdrückliche Tötungsabsicht, sondern müsse korrekter übersetzt werden: „Die Pharisäer ... berieten, wie sie Jesus loswürden.“ Nach Angaben Försters hat Martin Luther an dieser Stelle den Mordvorsatz „in den Text hineingetragen“ und damit die folgenden deutschen Übersetzungen vorgeprägt. Weitere Beispiele für verfälschende Übersetzungen sind nach Angaben Försters der verhängnisvolle Vorwurf des Apostels Paulus, dass die Juden Christus getötet hätten (1. Thess 2,14f) oder Stellen aus dem Johannesevangelium (8,45.47). Förster schätzt, dass allein im Johannesevangelium bei 40 bis 60 Versen die Übersetzung verbessert werden könne. In ähnlicher Form gelte dies wohl auch für alle anderen Schriften des Neuen Testaments. Dabei seien umfangreiche und zeitaufwendige philologische Analysen in jedem einzelnen Fall notwendig. „Der vermutliche Umfang der Textverzerrungen zeigt, dass es sich um ein zentrales Problem der neutestamentlichen Grundlagenforschung handelt, das mit den vorhandenen wissenschaftlichen Hilfsmitteln nur schwer zu bewältigen ist“, so der Theologe. Eine philologisch zurückhaltendere und gerade deswegen weniger judenfeindliche Übersetzung schein für

zahlreiche Passagen möglich. Die Einheitsübersetzung ist nach Einschätzung Försters ein gutes Beispiel für die Größe der Problematik, weil sie trotz erklärtem Willen, judenfreundlich zu übertragen, dies nicht konsequent umzusetzen in der Lage sei. Dabei sei den Herausgebern und Bearbeitern kein Vorwurf zu machen, denn sie hätten mit den ihnen zur Verfügung stehenden Hilfsmitteln versucht, das bestmögliche Ergebnis zu erzielen. Aus Sicht der Philologie habe es die neutestamentliche Wissenschaft versäumt, ihre Hilfsmittel zu modernisieren. Mit Blick auf die Ökumene hebt Förster hervor, „dass von evangelischer Seite offensichtlich unterschätzt wurde, wie sehr Martin Luther Antijudaismen in den Text hineingelesen oder verschärft hat“. (kna öki 26.02.2019)

- **Der Erfurter Bischof Ulrich Neymeyr wünscht sich mehr öffentliches Interesse am christlich-jüdischen Dialog.** „Es ist noch viel zu tun, um bekannt zu machen, wie wir heute als katholische Kirche die Beziehungen zum Judentum gestalten und wie viele Missverständnisse wir ausgeräumt haben“, sagte der Beauftragte der Deutschen Bischofskonferenz für die religiösen Beziehungen zum Judentum in Erfurt: „Da haben wir in der Kirche noch einen weiten Weg vor uns - auch in der Verkündigung und Katechese, denn sehr viele Katholiken haben noch völlig falsche Vorstellungen.“ Die Annäherung und die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Christentum und Judentum, wie sie in den vergangenen Jahrzehnten gewachsen seien, hätten lange Zeit nur Experten wahrgenommen: „Dies ändert sich nun langsam.“ Neymeyr verurteilte zugleich jede Form von Antisemitismus und Antijudaismus: „Wir wollen auch alles ausräumen, wo im Christentum noch Judenfeindschaft mitschwingt“. Eine der christlichen Wurzeln des Antisemitismus sei der Glaube, dass Gott den Bund mit Israel aufgekündigt und einen neuen Bund mit der Kirche geschlossen habe. „Aber das ist nicht die lehramtliche Überzeugung der katholischen Kirche“, betonte der Bischof. Er erläuterte weiter, der göttliche Bund mit Israel bestehe weiter, und „deshalb kann es auch keine Judenmissionierung aus dem Christentum heraus geben, und diese ist auch nicht Ziel unseres Dialogs“. Neymeyr äußerte den Wunsch nach einem noch intensiveren Austausch mit der jüdischen Gemeinschaft, der auch theologische Fragen mit einschließt. Dabei sei es wichtig, gerade auch den unterschiedlichen Ansichten Raum zu geben. Auch Thüringens Landesrabbiner Alexander Nachama sprach von einem „beispiellosen Wandel“ in den christlich-jüdischen Beziehungen: „Nur im Dialog redet man miteinander und kann Missverständnisse ausräumen. Aber solch ein Dialog ist nur auf Augenhöhe möglich und nicht, wenn man den anderen Glauben teilweise als defizitär betrachtet“, sagte Nachama unter Verweis auf den Streit um die katholische Karfreitags-Fürbitte für die Juden. Diese hatte der damalige Papst Benedikt XVI. 2008 in der lateinischen Fassung ändern lassen und damit den Vorwurf auf sich gezogen, eine Judenmission zu billigen. „Ich hoffe, dass es im Christentum künftig nicht mehr solche Gebete geben wird“, unterstrich Nachama. (kna öki 05.03.2019)
- **Regensburg hat wieder eine Synagoge. Der Neubau im Zentrum der Stadt ist am 27. Februar feierlich eröffnet worden.** „Die Jüdische Gemeinde Regensburg hat ihr Herzstück wieder“, sagte der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Josef Schuster. Sowohl die jüdische Gemeinde als auch die Stadt, der Freistaat und der Bund setzten „ein deutliches Zeichen - ein Zeichen für Zusammenhalt, für Vielfalt und für Toleranz“. Kultusminister Michael Piazzolo (Freie Wähler) sprach von einem „Freudentag nicht nur für die jüdische Gemeinde, sondern für uns alle in Bayern“. Mit ihren mehr als 1.000 Jahren Geschichte ist die jüdische Gemeinde in Regensburg die älteste in Bayern. Der Neubau steht am selben Ort wie die 1938 während der Novembertage zerstörte Synagoge unweit des Doms. Die Eröffnung findet fast genau an jenem Termin statt, an dem vor 500 Jahren die jüdischen Einwohner von Regensburg aus der Stadt vertrieben wurden. Der katholische Regensburger Bischof Rudolf Voderholzer bat die jüdische Gemeinde um Vergebung für das Leid, das durch Christen geschehen sei. „Es schmerzt uns, dass sich die Vertreter der Kirche 1519 nicht nur nicht schützend vor die jüdischen Mitbürger gestellt, sondern einige sogar noch Profit aus ihrer Ausweisung gezogen haben.“ Auch 1938 hätten Christen in der überwiegenden Mehrheit nicht den Mut aufgebracht, sich mit den jüdischen Mitbürgern zu solidarisieren. Heute gelte es zusammenzustehen, wenn geschichtsvergessene Kräfte und Bewegungen offen antisemitische Klischees bedienen, so der Bischof weiter. Schuster sprach von einem grassierenden Antisemitismus. „Wir erleben, wie Rechtspopulisten versuchen, rote Linien zu verschieben und dabei gegen Minderheiten hetzen.“ Auch die Erinnerung an die Shoah versuchten manche zu relativieren. In vermeintlich legitimer Kritik am Staat Israel drücke sich ebenfalls Antisemitismus aus. Die nun errichtete Synagoge nach Plänen des Berliner Architekturbüros Volker Staab bietet Platz für 160 Gläubige, der angrenzende Gemeindesaal für 200 Personen. Einschließlich der Sanierung des historischen Gemeindehauses entstanden Kosten in Höhe von 7,5 Millionen Euro. Vom Bund kamen 3,3 Millionen, von der Stadt Regensburg 2 Millionen Euro Zuschuss. Der Rest wurde durch Eigenmittel der jüdischen Gemeinde und Spenden aufgebracht, darunter auch von den Kirchen. (kna öki 05.03.2019)

- Aus Sicht des neuen Vorsitzenden der Allgemeinen Rabbinerkonferenz Deutschlands (ARK), Andreas Nachama, sollen mehr jüdische Gemeinden volle Stellen für Rabbiner schaffen.** „Viele von den jüngeren Rabbinern arbeiten in Teilzeit“, sagte der Berliner Rabbiner der „Jüdischen Allgemeinen“. Das sei zwar nicht befriedigend, aber die finanziellen Verhältnisse kleiner Gemeinden seien „eben so, wie sie sind“. Das könne man „auch nicht mit Gewalt“ verändern, betonte Nachama. Die Rabbinerkonferenz solle der Ort sein, wo auch aktuelle strittige Fragen diskutiert und Lösungen gefunden werden sollten. Es sei immer leicht, „Nein“ zu sagen. „Besser ist es, einen Weg zu finden, wie man bestimmte Dinge dann eben doch voranbringen kann“, sagte Nachama. Zu den strittigen Fragen gehörten etwa gleichgeschlechtliche Ehen. (kna öki 05.03.2019)
- Das rabbinische Judentum, wie wir es heute kennen, hat seine Identität in einer Auseinandersetzung mit dem entstehenden Christentum geformt, sagt der Professor für jüdische Geschichte an der Hebräischen Universität Jerusalem, Israel Yuval.** „Das Christentum ist in diesem Sinne die Mutter und das Judentum die Tochter, nicht umgekehrt“, sagt er im KNA-Interview in Jerusalem. Spuren der antichristlichen Abgrenzung finden sich laut dem akademischen Leiter der „Mandel School for Advanced Studies in Humanities“ unter anderem in jüdischen Festen wie Purim und Pessach.

KNA Herr Yuval, Sie haben kürzlich eine antichristliche Lesart von Purim angeboten. Worauf basiert Ihre These?

Yuval Es gibt Hinweise auf eine Parallele zwischen dem biblischen Judenfeind Haman in der Purimgeschichte und Jesus, darunter der Name „Purim“, der sich aus dem hebräischen Wort für Lose ableitet, das auch in der Passionsgeschichte auftaucht. Haman wurde nach den biblischen Berichten anders als landläufig angenommen nicht an Purim, sondern wie Jesus in der Zeit um Pessach hingerichtet. Die Gleichsetzung von Haman und Jesus könnte das Haman-Schlagen erklären, eine Tradition, bei der immer dann mit Rasseln und Räschen gelärmt wird, wenn der Name Haman in der Estherrolle gelesen wird. Damit bekommen antichristliche Ressentiments einen innerlichen Ausdruck. Der an Purim ausgedrückte Hass auf Haman ist sozusagen im Freud'schen Sinne eine Sublimierung für unsere Gefühle für Jesus. Das ist selbstverständlich eine anthropologisch-historische Deutung - schwer zu sagen, bis zu welchem Ausmaß diese Sprache auch von den Teilnehmern so verstanden wurde.

KNA Gibt es Quellen, die Ihre Lesart zu stützen?

Yuval Es gibt ein Dekret des Kaisers Theodosius II. aus dem 5. Jahrhundert, das Juden die Verbrennung von Haman-Puppen sowie von kreuzähnlichen Elementen verbietet, was als Missachtung des christlichen Glaubens gedeutet wurde. Ferner gibt es ebenfalls aus der Spätantike einen Bericht des Kirchengeschichtsschreibers Sokrates Scholastikos, der auf eine aus dem Ruder gelaufene Purimfeier deuten könnte, bei der ein christlicher Junge entführt und an ein Kreuz gebunden wurde und schließlich an den Folgen der Misshandlung starb. Michelangelos Darstellung des gekreuzigten Haman in der Sixtinischen Kapelle in Rom deutet darauf, dass auch Christen eine Verbindung von Haman und Jesus sahen.

KNA Das heißt, es gibt Elemente jüdischer Gewalt gegen Christen oder gegen Nichtjuden?

Yuval Es gibt keine aktive Gewalt gegen Menschen, sondern liturgisch sublimierte Aggression - etwa gegen das Christentum als Religion, gegen die christliche Symbolik.

KNA Sie sagen, das Christentum als die jüngere Religion hat Einfluss auf die Mutter Judentum und ihre Liturgien genommen?

Yuval Der christliche Einfluss ist die DNA der jüdischen Religion, die historisch durch diesen Konflikt geformt wurde. Das Christentum ist in diesem Sinne die Mutter und das Judentum die Tochter, nicht umgekehrt. Der hunderte Jahre später entstandene Talmud ist eine Reaktion auf das Neue Testament, die Pessach-Haggadah eine Polemik zu Ostern: In ihr fordert der jüdische Gelehrte des 1. Jahrhunderts, Rabban Gamliel, dass jeder Jude an Pessach die drei Worte Pessach (Opfer), Mazza (ungesäuertes Brot) und Maror (Bitterkraut) benutzen muss. Die Parallele zum Christentum - Lamm Gottes, Leib Christi, Passion - ist unschwer zu erkennen. Gamliel kommentiert in Abgrenzung, um den Symbolen ihren christlichen Schein zu nehmen. Oder nehmen wir das Beispiel der Segenssprüche vor der Torah-Lesung an Schabbat: Darin betonen wir, dass Gott uns erwählt hat, uns die wahre Torah und das ewige Leben gegeben hat. Jede dieser Äußerungen impliziert zugleich die Zurückweisung der Alternative. Hierin spiegelt sich der Konflikt mit dem Christentum und der Erlösung. Es geht letztlich um die Frage, wer die Schlüssel zum Himmel hat.

KNA Wie verbreitet ist Ihre Lesart der christlichen Beeinflussungen?

Yuval Sie sprechen mit jemandem, der unter dem Verdacht steht, in allem eine antichristliche Äußerung zu sehen und davon besessen zu sein. Ich irritiere mit meiner Lesart Juden wie Christen gleichermaßen. Juden wollen nicht hören, dass das, was sie am Schabbat in der Syna-

goge beten, christlich beeinflusst ist. Keine Kultur will beeinflusst werden, Einfluss ist geradezu zum Symbol von Imperialismus und Dominanz geworden. Auch auf christlicher Seite herrscht Zurückhaltung, auch wenn es in den letzten Jahren immer mehr Kreise gibt, die gern zuhören.

KNA Nach Jahrhunderten der Abgrenzung: Wie stehen Juden und Christen heute zueinander?

Yuval Wenn jemand vom Mars auf der Erde landete und von keiner der beiden Religionen eine Ahnung hätte, er würde kaum Unterschiede entdecken. Meine Generation ist die erste, die diese engen Beziehungen thematisieren kann: Es gibt keinen Hass, keine Furcht. Wir wissen um die dunklen Kapitel. Aber dass es Judenverfolgung gab, heißt nicht, dass Juden immer hundertprozentig gerecht waren. In diesem neuen Blick auf dunkle wie positive Aspekte unserer Begegnung als Schwestern erziehen wir unsere Studierenden und helfen damit einer neuen Generation zu mehr Toleranz und Verständnis. (kna öki 26.03.2019)

- **Der Hildesheimer Bischof Heiner Wilmer warnt vor aufkeimendem Antisemitismus und Judenhass.** „Wer Juden verspottet, verspottet uns, wer Juden verhöhnt, verhöhnt uns“, sagte er am 28. März im Dom von Münster. Die deutsche Gesellschaft sei trotz großen Wohlstands in einem der reichsten Länder der Erde von Angst geprägt, sagte Wilmer bei einem Geistlichen Themenabend über die Vaterunser-Bitte „Unser tägliches Brot gib uns heute“. „Es ist die Angst, man könnte in einem Moment alles verlieren, mittellos, blank, nackt und gescheitert dastehen.“ Wilmer ergänzte: „Jeder Mensch hat Angst. Und diese Angst ist im Gegensatz zur Furcht gegenstandslos, diffus.“ Diese Angst sei es, die unfrei mache. „Wir haben Angst, das Falsche zu tun, und dann passiert genau das. Wir tun das Falsche.“ Das sei die Ursünde, durch die jeder müsse. Die Geistlichen Themenabende zur Fastenzeit im Dom von Münster stehen in diesem Jahr unter dem Motto „Dein Reich komme - Das Vaterunser als Quelle der Erneuerung“. Beim nächsten Themenabend am 3. April befasst sich Moshe Navon, Rabbiner der Liberalen Jüdischen Gemeinde von Hamburg, mit der Vaterunser-Bitte „Geheiligt werde dein Name“. (kna öki 02.04.2019)
- **Altbundespräsident Christian Wulff hat dem Jüdischen Bildungszentrum der Organisation Chabad Lubawitsch in Berlin-Wilmersdorf hohes Lob gezollt.** Es verwirkliche den Gedanken des Miteinanders verschiedener Religionen in vorbildlicher Weise, sagte Wulff bei einem Besuch auf der Baustelle zur Erweiterung des Bildungszentrums. Dabei plädierte er für ein „buntes Deutschland“ und mehr Verständnis für andere Religionen. „Wir sind auch deshalb so erfolgreich in der Welt, weil wir in Deutschland Vielfalt pflegen und unterschiedliche Menschen integrieren.“ Die Hauptaufgabe für kommende Generationen bestehe darin, Zusammenhalt in der Gesellschaft zu stiften, erklärte Wulff. Dabei werde auch das jüdische Leben in Deutschland „wieder eine ganz große Bedeutung bekommen müssen“. Mit Blick auf seine vielzitierte Aussage, der Islam gehöre inzwischen auch zu Deutschland, erklärte Wulff: „Mir wird immer vorgeworfen, dass ich sehr offen bin für Flüchtlinge, für Muslime, für den Islam. Ich lasse für mich keinen Zweifel daran, dass ich dann auch klare Kante zeige.“ An der Gleichheit von Mann und Frau, Religionsfreiheit oder dem Diskriminierungsverbot dürfe nicht gerüttelt werden. Die Organisation Chabad Lubawitsch eröffnete 2007 in Berlin-Wilmersdorf ein Bildungs- und Familienzentrum mit Synagoge. Im vergangenen Jahr erfolgte der erste Spatenstich für die Erweiterung des Campus. Der neue Komplex soll Anfang 2021 eingeweiht werden. Der Neubau liegt in den Händen eines religionsübergreifenden Teams, dem auch ein muslimischer Architekt angehört. (kna öki 02.04.2019)
- **In Sachsen gibt es ab dem kommenden Schuljahr das Fach Jüdische Religion.** Es wird zunächst an drei öffentlichen Grundschulen in Chemnitz, Dresden und Leipzig eingeführt, wie das Sächsische Staatsministerium für Kultus in Dresden ankündigte. Dann wird Jüdische Religion gleichrangig mit Ethik sowie Evangelische und Katholische Religion unterrichtet. In den kommenden Jahren soll das Fach auch an den Oberschulen und Gymnasien bis zum Abitur angeboten werden und allen Schülern offenstehen. Schüler können sich bereits an den ersten drei Schulen anmelden. Bisher werden jüdische Schüler, die in ihren Gemeinden die religiöse Unterweisung besuchen, von der Pflicht zur Teilnahme am schulischen Religions- oder Ethikunterricht befreit. Das Fach Jüdische Religion unterliegt der staatlichen Schulaufsicht und wird in Übereinstimmung mit den Grundsätzen des Landesverbands Sachsen der Jüdischen Gemeinden erteilt. Dazu wurden ein neuer Lehrplan für Sachsen erstellt und die Stundentafeln und Zeugnisformulare angepasst. Die Lehrkräfte werden vom Landesverband gestellt und vom Kultusministerium refinanziert. Das neue Unterrichtsangebot gibt es in Chemnitz, Dresden und Leipzig, da dort jüdische Gemeinden angesiedelt sind. In Sachsen haben die jüdischen Gemeinden insgesamt rund 2.600 Mitglieder. (kna öki 30.04.2019)
- **Die jüdischen Gemeinden in Deutschland haben 2018 im zehnten Jahr in Folge Mitglieder verloren.** Im vergangenen Jahr gehörten rund 96.200 Personen den offiziellen jüdischen

Gemeinden in der Bundesrepublik an, wie die Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland in Frankfurt mitteilte. 2017 waren es noch 97.800. Erfasst sind dabei nur Juden, die Mitglieder der im Zentralrat der Juden vertretenen Gemeinden sind. Seit dem Fall der Mauer waren tausende Juden aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion nach Deutschland ausgewandert und in den jüdischen Gemeinden aufgenommen worden. Die Höchstzahl jüdischer Gemeindemitglieder wurde 2006 mit 107.800 erreicht, seither sinken die Mitgliederzahlen wieder beständig. Zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung hatten die Gemeinden 1990 lediglich 29.000 Mitglieder. Vor der Machtübernahme der Nationalsozialisten lebten 1933 auf dem Gebiet des Deutschen Reiches rund 570.000 Juden. In der Folge des Holocaust wurden etwa 180.000 von ihnen ermordet, sehr viele flohen. 1950 gab es nur noch etwa 15.000 Juden in Deutschland. Laut Mitgliederstatistik verzeichneten die Gemeinden 2018 rund 1.750 Zugänge, die geringste Zahl seit 1990. Darunter waren 227 Geburten und 81 Übertritte. 343 Gemeindemitglieder wanderten aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion zu, 251 weitere aus anderen Ländern. Auch bei der Zuwanderung aus ehemals sowjetischen Staaten wurde ein Tiefststand seit 1990 erreicht. Zugleich gab es rund 3.200 Abgänge, darunter eine Höchstzahl von 1.572 Todesfällen, 546 Austritten und 151 Auswanderungen. Rund 51.839 Mitglieder waren im Jahr 2018 Frauen. Mit Blick auf den Altersaufbau machen die 61- bis 70-Jährigen und die 71- bis 80-Jährigen mit jeweils rund 17 Prozent den größten Anteil aus. Es folgen die über 80-Jährigen und die 51- bis 60-Jährigen mit jeweils 13 Prozent. In der Bundesrepublik gab es zuletzt 104 jüdische Gemeinden, die dem Zentralrat der Juden angehören. Die meisten von ihnen verloren Mitglieder. Eine von wenigen Ausnahmen ist die Kölner Gemeinde, deren Mitgliederzahl 2018 von 3.970 auf 4.100 leicht zunahm. Größte Gemeinden sind München/Oberbayern mit 9.316 und Berlin mit 9.255 Mitgliedern. Es folgen Düsseldorf mit 6.700 und Frankfurt mit 6.400 Angehörigen. (kna öki 14.05.2019)

- **Der Freistaat Bayern positioniert sich klar gegen Antisemitismus:** Als erste Landesregierung in Deutschland, so Ministerpräsident Markus Söder (CSU) in München, übernehme die Staatsregierung die internationale Definition von Antisemitismus. Er sprach von einer „historischen Sitzung“, bei der mit Josef Schuster, Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, und Charlotte Knobloch, Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern, besprochen wurde, welche weiteren Maßnahmen gegen Antisemitismus ergriffen werden könnten. So erfreulich es sei, ein „gemeinsames Zeichen“ setzen zu können, so beschämend sei der Anlass, sagte Söder. Denn das Übel Antisemitismus greife um sich, was vor allem auch bei rechtspopulistischen Parteien zu sehen sei. Wenn bei einer Veranstaltung die erste Strophe des Deutschlandlieds gesungen werde, dann sei dies kein „technisches Versehen“, sondern eine „geistige Haltung“, so Söder. Jüdisches Leben müsse sich frei entfalten können. Bayern wolle deshalb das sicherste Land für Juden in Deutschland werden. Zugleich warnte Söder davor, antisemitische Aussagen zu relativieren. Aus Gedanken würden Worte und irgendwann folgten Taten. Deshalb gelte es, sich gegen „geistige Brandstifter“ zu wehren. Laut der nun von Bayern anerkannten Definition ist Antisemitismus eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann. Er richte sich in Wort oder Tat gegen jüdische und nichtjüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen. „Darüber hinaus kann auch der Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden werde, Ziel solcher Angriffe sein.“ (kna öki 14.05.2019)
- **Der Landesbischof der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers, Ralf Meister, hat anlässlich des jüdischen Pessachfestes zum konsequenten Eintreten gegen Judenhass und Antisemitismus aufgerufen.** „Antisemitismus braucht Widerstand und klare Worte“, schrieb Meister in einem Brief an die jüdischen Gemeinden in Niedersachsen. „Er gefährdet unser friedliches Zusammenleben und ist Gotteslästerung.“ Meister sicherte den jüdischen Gemeinden die Unterstützung der evangelischen Kirche zu: „Wir stehen fest an ihrer Seite“ (aus: Christen und Muslime in Niedersachsen, Mitteilungen 5/2019)
- **Der Antisemitismusbeauftragte der Bundesregierung, Felix Klein, hat seine Warnung an in Deutschland lebende Juden, ihre Kippa nicht in der Öffentlichkeit zu tragen, verteidigt.** „Ich wollte mit meinem Statement aufrütteln und der Öffentlichkeit klar machen, dass wir handeln müssen, bevor es zu spät ist und, dass wir den Kampf gegen Antisemitismus und den Schutz der jüdischen Gemeinschaft in unserem Land als gesamtgesellschaftliche Aufgabe betrachten müssen“, sagte Klein der „Bild“-Zeitung. Hierzu gehöre, sich des Problems bewusst zu sein. Seine Aussage sei daher „als Aufruf zum Handeln“ und „keinesfalls resignativ“ gemeint, betonte Klein. Zuvor hatte Israels Präsident Reuven Rivlin Kleins Warnung als „Kapitulation vor dem Antisemitismus“ kritisiert. Israels Botschafter Jeremy Issacharoff warnte, eine „Verschleierung der jüdischen Identität“ könne nicht die Antwort auf das wachsende Phänomen des Antisemitismus in Deutschland sein. Stattdessen müsse mittels „Erziehung im weiteren Sinne und strikter Durch-

setzung mit der vollen Kraft des Gesetzes die Sicherheit der jüdischen Gemeinde in Deutschland“ gewährleistet werden. „Antisemitismus bedroht und zielt nicht nur auf Juden, sondern auch die Grundlagen der deutschen Demokratie“, so der Botschafter. Der Präsident des Zentralrats der Juden, Josef Schuster, forderte einen entschiedeneren Kampf gegen Antisemitismus. Er habe bereits vor zwei Jahren darauf hingewiesen, „dass Juden in einigen Großstädten potenziell einer Gefährdung ausgesetzt sind, wenn sie als Juden zu erkennen sind“, sagte Schuster in Berlin. Er fügte hinzu, es sei „zu begrüßen, wenn diese Situation auch auf höchster politischer Ebene mehr Aufmerksamkeit erfährt.“ Die ganze Gesellschaft müsse gegen Antisemitismus mobil machen. Generell sehe er bei antisemitischen Vorfällen eine „neue Qualität“. Er neige nicht zum Dramatisieren, „doch die Lage hat sich insgesamt wirklich verschlechtert“, sagte Schuster der „Welt am Sonntag“. „Das aggressive politische Klima wirkt sich aus.“ Juden in Deutschland fühlten sich zwar von den Sicherheitsbehörden ausreichend geschützt, „aber es wird Zeit, dass sich in der Gesellschaft der Wind wieder dreht“. (kna öki 28.05.2019)

- **Das „Judensau“-Relief an der Wittenberger Stadtkirche muss nicht beseitigt werden. Das entschied das Landgericht Dessau-Roßlau.** Es wies damit die Klage eines Mitglieds der Jüdischen Gemeinde zu Berlin ab. Der Kläger hatte im Mai 2018 vor dem Amtsgericht Wittenberg wegen Beleidigung geklagt und die Entfernung des antisemitischen Sandstein-Reliefs gefordert. Zur Begründung führte das Gericht an, dass die evangelische Stadtkirchengemeinde das Relief weder hergestellt noch selbst angebracht habe. Es sei Bestandteil eines denkmalgeschützten historischen Gebäudes. Zudem seien am Fuß der Stadtkirche ein Mahnmal und eine Gedenktafel angebracht, die Bestandteil einer „Gedenkkultur“ seien. Deshalb sei das Relief nicht so zu verstehen, dass die Kirchengemeinde Juden missachte. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig, der Kläger kann dagegen Berufung einlegen. Auf dem Relief an der Predigtkirche Martin Luthers ist ein Rabbiner zu sehen, der den Ringelschwanz eines Schweins anhebt und ihm in den After schaut. Weitere Figuren strecken sich nach den Zitzen des Tieres. Das Schwein gilt den Juden als unrein. Hinzu kommt die 1570 eingelassene Inschrift „Rabini-Schem HaMphoras“. Diese ist vermutlich inspiriert von Luthers antijüdischer Schrift „Vom Schem Hamphoras und vom Geschlecht Christi“ von 1543. Schem Ha Mphoras steht für den im Judentum unaussprechlichen heiligen Namen Gottes. Unterhalb der Darstellung erinnert ein im Boden eingelassenes Mahnmal seit 1988 Besucher an die unselige Tradition des Antisemitismus. Geschichte lasse sich nicht einfach entsorgen und Unrecht nicht zudecken, argumentierte die evangelische Stadtkirchengemeinde in einer Stellungnahme gegen eine Entfernung der Skulptur und bezeichnete sie als „Schandmal“. (kna öki 28.05.2019)
- **In Hemmingen bei Hannover ermittelt der Staatsschutz nach dem Angriff auf das Einfamilienhaus eines jüdischen Ehepaars.** Der Täter hatte die Fußmatte vor der Haustür in Brand gesetzt und das Wort „Jude“ in den Eingang und auf eine Gartenpforte gesprüht. Der Täter müsse sich gut aus gekannt haben, sagte Rebecca Seidler von der liberalen jüdischen Gemeinde Hannover. „Die Gartenpforte liegt etwa drei Minuten Fußweg von dem Einfamilienhaus entfernt. Man muss wissen, dass der Garten den Betroffenen gehört“ und dass sie Juden sind, so Seidler. Der Vorfall unterstreiche, womit sich die Mitglieder der jüdischen Gemeinden in Deutschland derzeit beinahe täglich auseinandersetzen müssten. Vertreter aus Politik, Religion und Gesellschaft reagierten entsetzt auf den Anschlag. Der Vorsitzende des Landesverbands der jüdischen Gemeinden von Niedersachsen, Michael Fürst, sagte: „Das ist eine Nummer größer als wir es sonst kennen, gerade in Niedersachsen.“ Möglicherweise wolle hier jemand jemandem oder einer Gruppe Angst einjagen – „das wird man aber nicht erreichen“. Der Zentralrat der Juden in Deutschland sieht in dem Anschlag eine neue Form des Antisemitismus. Damit sei „im negativen Sinne eine neue Qualität erreicht“, teilte Zentralratspräsident Josef Schuster in Berlin mit. „Wenn sich Juden in ihren Wohnhäusern nicht mehr sicher fühlen können, ist das in besonderem Maße erschreckend. Feuer und die Wandschmiererei rufen schreckliche Erinnerungen wach. Wir sind sehr froh, dass niemand verletzt wurde.“ Auch der evangelische Landesbischof Ralf Meister äußerte sich „erschüttert über den Hass, der in diesem Brandanschlag offen zutage tritt.“ Man sei „in Gedanken und im Gebet bei dem jüdischen Ehepaar, das die Attacke erleben musste“. Aus Solidarität mit dem Ehepaar und mit den Jüdischen Gemeinden versammelten sich einige Tage nach der Tat rund 300 Teilnehmer zu einer Demonstration auf dem Kröpcke, unter ihnen der evangelische Stadtsuperintendent Hans-Martin Heinemann und der Vorsitzende der Schura Niedersachsen, Recep Bilgen (Christen und Muslime in Niedersachsen, Mitteilungen 6/2019).
- **Die Landesregierung Thüringen will das Themenjahr „Jüdisches Leben 2020/2021“ finanziell und organisatorisch unterstützen.** Das kündigte Ministerpräsident Bodo Ramelow (Linke) in Erfurt an. Damit solle das „reichhaltige jüdische Erbe“ aus neun Jahrhunderten in allen Teilen des Landes ins Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt werden. Geplant ist etwa, einen Welterbe-

antrag für die Erfurter Alte Synagoge bei der Unesco einzureichen. „Die beiden Kirchen haben zusammen mit der Jüdischen Landesgemeinde Thüringen die Idee dieses Themenjahres entwickelt. Ich habe diese Idee gerne für die Landesregierung aufgegriffen und sage die Unterstützung des Freistaats in finanzieller und organisatorischer Hinsicht zu“, so Ramelow. Das Themenjahr biete Gelegenheit, sich die reiche Geschichte Thüringens mit seinen jüdischen Mitbürgern wieder ins Gedächtnis zu rufen. Es solle „für den gesellschaftlichen Mehrwert jüdischen Lebens in Thüringen heute“ sensibilisieren, erklärte der Ministerpräsident. Das Themenjahr wird demnach durch eine Arbeitsgruppe vorbereitet, in der neben der Jüdischen Landesgemeinde auch Vertreter der Kirchen und der Zivilgesellschaft mitarbeiten. Die Staatskanzlei wird die Vorhaben koordinieren. (kna öki 04.06.2019)

- **Zur Bekämpfung von Antisemitismus und zum Schutz jüdischen Lebens ist in Berlin eine ständige Bund-Länder-Kommission beschlossen worden.** Das vereinbarten Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und die Ministerpräsidenten der Länder, wie der Antisemitismusbeauftragte der Bundesregierung, Felix Klein, mitteilte. „Ich halte diese Entscheidung für einen Meilenstein im Kampf gegen den Antisemitismus mit enormer Bedeutung“, betonte er. „Der Großteil aller Maßnahmen, die im Kampf gegen Antisemitismus in Betracht kommen und die wir jetzt angehen müssen, fällt in die Zuständigkeit der Länder“, ergänzte Klein. Dazu gehörten die Stärkung und Sensibilisierung von Polizei und Justiz, Ergänzung der Juristen- und der Lehrerausbildung, Überprüfung der Lehrpläne und der Schulbücher, Durchführung von Forschungsvorhaben sowie die Weiterentwicklung der Erinnerungskultur, „die nicht nur Wissen, sondern auch Empathie vermitteln sollte“. Von der Einrichtung der Bund-Länder-Kommission verspreche er sich, „kohärentere Strategien im Kampf gegen den Antisemitismus zu entwickeln, Best-Practice-Beispiele auszutauschen und auch überregional neue Projekte und Ideen zu fördern“, so Klein. Die engere Zusammenarbeit in diesem Bund-Länder-Kreis werde die Bekämpfung von Antisemitismus und den Schutz jüdischen Lebens bundesweit in „entscheidendem Maße“ stärken. Mitglieder der Kommission sind neben Klein die Länderbeauftragten beziehungsweise die Personen, die in Bundesländern ohne eigenen Beauftragten als Ansprechpartner dienen. Klein wird nach eigenen Angaben gemeinsam mit einem Ländervertreter den Kommissionsvorsitz übernehmen. Die Kommission werde in der zweiten Jahreshälfte 2019 erstmals tagen. (kna öki 18.06.2019)

2. Aus der jüdischen Welt – Israel

- **Archäologen haben die bronzezeitliche Stadt Tall el-Hammam in Jordanien ausgegraben. Sie glauben, dass es sich um die biblische Stadt Sodom handelt,** die vor etwa 3.700 Jahren zerstört wurde. Es gebe klare Anzeichen dafür, dass ein Meteorit in der Luft über der heutigen Ebene des Mittleren Ghor explodiert sei, was die Zivilisation vernichtete, die dort vor über 2.500 Jahren existierte. Die gewaltige Explosion zerstörte eine Fläche von 500 Quadratkilometern. Es wird geschätzt, dass es das Äquivalent eines 10-Megatonnen-Atomsprenkopfes war, der etwa einen Kilometer über dem Boden explodierte. Eine dicke Ascheschicht, die das Gelände bedeckt, deutet darauf hin, dass ein Feuer die Stadt zerstört hatte. Die Wissenschaftler vermuten, dass die Schockwelle der Meteorexplosion eine Salzsäure aus dem nahegelegenen Toten Meer über das gesamte Gebiet verteilt und das Land jahrhundertlang landwirtschaftlich nutzlos gemacht habe. (ILI News 30.12.2018)
- **In Jerusalem ist bei Ausgrabungen in der sogenannten Davidstadt ein 2.600 Jahre altes Siegel entdeckt worden.** Seiner Inschrift zufolge gehörte es „Nathan-Melech, Diener des Königs“. Das berichtet die „Jerusalem Post“ auf ihrer Internetseite. Die Forscherin Anat Mendel-Geberovich von der Hebräischen Universität Jerusalem erklärte, der Besitzer dieses Siegels lasse sich „nicht mit völliger Sicherheit“ mit einem in der Bibel erwähnten Nathan-Melech gleichsetzen. Dennoch könne man „nicht ignorieren, dass einige Details dafür sprechen könnten“. Nathan-Melech ist der Name eines Beamten am Hof des jüdischen Königs Josiah; er wird im Zweiten Buch der Könige erwähnt (23,11). (rv 01.03.2019)
- **Israels Bevölkerung überschreitet erstmals die Neun-Millionen-Marke.** Das gab das Zentrale Statistikbüro bekannt. 74,2% der Israelis sind jüdisch, 20,9% arabisch. In absoluten Zahlen bedeutet das: 6.697.000 Juden und 1.890.000 Araber. 434.000 Menschen sind christliche Nicht-Araber oder Mitglieder anderer ethnischer Gruppierungen. Die israelische Bevölkerung wuchs um 177.000 Einwohner im Vergleich zum vergangenen Jahr. Seit der Staatsgründung 1948 sind 3,2 Mio. Menschen ins Land eingewandert, 43% fanden ab 1990 ihren Weg nach Israel. Schätzungen besagen, dass Israel im Jahr 2048, wenn es seinen 100. Unabhängigkeitstag feiert, 15,2 Mio. Einwohner haben wird. 1948 lebten 806.000 Menschen in Israel, während es 11,5 Mio. Juden auf

der Welt gab. Nur 6% waren in Israel. Heute ist der Prozentsatz aller Juden in der Welt, die in Israel leben, auf 45% angestiegen. 1948 hatte nur Tel Aviv-Jaffa mehr als 100.000 Einwohner. Heute gibt es 14 Städte in Israel mit einer Bevölkerung von über 100.000 und 6 weitere mit über 200.000 Einwohnern: Jerusalem, Tel Aviv-Jaffa, Haifa, Rishon Lezion, Ashdod und Petah Tikva. (ILI News 13.05.2019)

- **Auf dem Gelände der von deutschen Benediktinern getragenen Pilgerstätte Tabgha am See Genesareth finden wieder umfangreiche Bauarbeiten statt.** Derzeit wird der Vorplatz der Kirche erneuert, der durch die Benutzung von schweren Einsatz- und Baufahrzeugen nach dem Brand von 2015 erheblich in Mitleidenschaft gezogen worden war. Am 1. Oktober solle der Vorplatz neu eingeweiht werden, sagte Pater Jonas Trageser der KNA in Jerusalem. Die von täglich Tausenden von Pilgern besuchte Heilige Stätte, die idyllisch am Nordufer des See Genesareths liegt, erinnert an das Wunder der Brotvermehrung durch Jesus. In der Kirche erinnern Mosaiken aus frühchristlichen Vorgängerbauten an das Wunder, bei dem laut biblischer Erzählung Jesus mit fünf Broten und zwei Fischen 5.000 Menschen sättigte. Auf das Kloster war im Juni 2015 ein vermutlich religiös motivierter Brandanschlag verübt worden, bei dem das Atrium der erst 2012 fertiggestellten Gebäude weitgehend zerstört worden war. Auf einer Wand fand sich ein hebräisches Graffito „Die Götzen werden gewiss ausgerottet werden“. Der Schaden ging nach Ordensangaben in die Millionen. Ein Mönch und eine Mitarbeiterin erlitten Rauchvergiftungen. Ein mutmaßlicher Brandstifter aus dem israelischen Siedlermilieu wurde zunächst zu vier Jahren Haft verurteilt. Später ließ das zuständige israelische Gericht weitere Anklagen fallen. Die ursprünglichen Geständnisse der Verdächtigen wurden nicht zugelassen, da die Befragung durch den Inlandsgeheimdienst Schin Beit unter starkem psychologischen und möglicherweise physischem Druck stattgefunden haben soll, hieß es zur Begründung. (kna öki 04.06.2019)

3. Personen

- **Die preisgekrönte Übersetzerin, erfolgreiche Kinder- und Jugendbuchautorin Mirjam Pressler ist im Alter von 78 Jahren verstorben.** Mirjam Pressler hat die Tagebücher von Anne Frank in den 1980er Jahren aus dem niederländischen neu übersetzt und ediert. Diese Neuübersetzung bildete in der Folge die Grundlage für die weltweit verbindliche definitive Lesebuchausgabe, die seit 1991 herausgegeben wird. Mirjam Pressler wurde 1940 in Darmstadt geboren. Sie besuchte die Hochschule für Bildende Künste in Frankfurt am Main und lebte in den vergangenen Jahren als Übersetzerin und Schriftstellerin in der Nähe von München. Einige Zeit verbrachte sie in einem Kibbuz in Israel. Pressler hat rund 500 Bücher aus dem Hebräischen, Holländischen und aus anderen Sprachen übersetzt und war Autorin von über 40 Kinder- und Jugendbüchern. Pressler ist mit zahlreichen Preisen ausgezeichnet worden. Ebenso wurde sie mit dem Bayerischen Verdienstorden und dem Großen Bundesverdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland für ihren „herausragenden Einsatz für die Völkerverständigung insbesondere zwischen Israel und Deutschland und die Erinnerung an das nationalsozialistische Unrecht“ geehrt. Im letzten Jahr wurde sie zusammen mit Amos Oz für die Übersetzung seines Buches „Judas“ ausgezeichnet (ILI News 20.01.2019)
- **Mathias Döpfner(56), Vorstandsvorsitzender von Axel Springer SE, erhält den Leo-Baeck-Preis des Zentralrats der Juden in Deutschland.** Mit seiner höchsten Auszeichnung würdigt der Zentralrat Döpfners „seit Jahrzehnten währendes außerordentliches Engagement für die jüdische Gemeinschaft und für den Staat Israel“. Die Verleihung des mit 10.000 Euro dotierten Preises findet am 16. Mai in Berlin statt, die Laudatio hält der Präsident des Jüdischen Weltkongresses, Ronald S. Lauder. In vielen Artikeln und Reden habe sich Döpfner, der auch Präsident des Bundesverbands Deutscher Zeitungsverleger (BDZV) ist, mit Antisemitismus in all seinen Formen hierzulande auseinandergesetzt und Missstände unumwunden benannt, hieß es. „Die Erinnerung an die Schoah und die daraus resultierende Verantwortung Deutschlands gegen jede Form von Intoleranz und für Israel sind ihm ein Herzenthema.“ Nach den Worten von Zentralratspräsident Josef Schuster machte Döpfner die Bekämpfung des Antisemitismus zu seinem persönlichen Anliegen. Er sei ein „echter Freund Israels, der Deutschland nicht aus dessen historischer Verantwortung gegenüber dem jüdischen Staat entlässt“. Döpfner zeige Haltung- „in Zeiten, in denen Antisemitismus in Form von überzogener Kritik an Israel Mode geworden ist“. Mit dem Leo-Baeck-Preis, der an den Rabbiner Leo Baeck (1873-1956) erinnert, ehrt der Zentralrat seit 1957 Persönlichkeiten, die sich in herausragender Weise um die jüdische Gemeinschaft verdient gemacht haben. (kna öki 22.01.2019)

- **Andreas Nachama (67), Berliner Rabbiner, ist zum neuen Vorsitzenden der Allgemeinen Rabbinerkonferenz Deutschlands (ARK) gewählt worden.** Er ist Nachfolger des emeritierten Landesrabbiners Henry G. Brandt, der mit 92 Jahren nicht mehr kandidierte und nun Ehrenvorsitzender auf Lebenszeit ist. Nachama ist Rabbiner der Synagoge Sukkat Schalom der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, jüdischer Präsident des Deutschen Koordinierungsrats der Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit, jüdischer Vorsitzender des Gesprächskreises Christen und Juden beim Zentralkomitee der Katholiken und Rabbiner im Präsidium des „House of One“ Berlin. Bis Ende November ist der Historiker auch Direktor der Stiftung Topographie des Terrors in Berlin. Von 2005 bis 2015 war er Gründungsdekan und Professor für Holocaust Studies and Communication about the Holocaust am Touro College Berlin/ New York. **Yael Deusel**, Rabbinerin der Liberalen Jüdischen Gemeinde Mischkan ha-Tfila Bamberg, und **Jonah Sievers**, Kultusdezernent der Jüdischen Gemeinde zu Berlin und Rabbiner der Synagoge Pestalozzistraße in Berlin-Charlottenburg, wurden als ARK-Vorstandsmitglieder bestätigt. Die ARK ist eine Einrichtung unter dem Dach des Zentralrats der Juden in Deutschland mit Sitz in Berlin und vertritt nach eigenen Angaben 29 Rabbiner und Rabbinerinnen. (kna öki 19.02.2019)
- **Charlotte Knobloch (86), Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern, erhält den Europäischen Karlspreis der Sudetendeutschen.** Der Sprecher der Sudetendeutschen Volksgruppe, Bernd Posselt (CSU), würdigte Knobloch als „unerschrockene Kämpferin gegen Nationalismus, Populismus sowie jede Form von Extremismus“. Damit zähle sie „zu den herausragenden Baumeistern unserer Demokratie sowie der europäischen Einigung“. Die Preisverleihung findet am 7. Juni im Historischen Sitzungssaal des „Immerwährenden Reichstages“ des Heiligen Römischen Reiches in Regensburg statt. Die Auszeichnung erinnert an den böhmischen König und römisch-deutschen Kaiser Karl IV. und wird jährlich beim Pfingsttreffen der Sudetendeutschen verliehen. Geehrt werden „Verdienste um eine gerechte Völkerordnung in Mitteleuropa“. (kna öki 02.04.2019)
- **Henry G. Brandt (91) hat sein Amt als Rabbiner der Israelitischen Kultusgemeinde Augsburg-Schwaben abgegeben.** Er war 15 Jahre lang Seelsorger an der fast 102 Jahre alten Augsburger Synagoge. In Bielefeld bleibt er indes bis auf weiteres Rabbiner der Jüdischen Kultusgemeinde. Brandt gilt als wesentliche Stimme im jüdisch-christlichen Dialog. Der gebürtige Münchner, der hauptsächlich in der Schweiz lebt, wurde 2005 zum Gründungsvorsitzenden der Allgemeinen Rabbinerkonferenz Deutschlands gewählt; 2019 wurde er nach seinem Rückzug Ehrenvorsitzender auf Lebenszeit. (kna öki 30.04.2019)
- **Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) erhält für ihr Engagement gegen Antisemitismus und Rassismus die Buber-Rosenzweig-Medaille 2020 des Deutschen Koordinierungsrats der Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit.** Als „an höchster Stelle verantwortliche Politikerin“ sei Merkel Hass und Gewalt immer entschlossen entgegen getreten, begründete der Dachverband von bundesweit rund 80 christlich-jüdischen Gesellschaften in Bad Nauheim seine Entscheidung. Die Auszeichnung wird am 8. März 2020 in Dresden zum Auftakt der „Woche der Brüderlichkeit“ übergeben. (kna öki 21.05.2019)

4. Bücher

- **Der Potsdamer Rabbiner Walter Homolka und der Freiburger katholische Theologe Magnus Striet wollen einen besseren Austausch von Juden und Christen.** Nötig sei ein lebendiges Gespräch; erreichte Annäherungen dürften nicht leichtfertig verspielt werden, mahnen die Autoren im Vorwort ihres gemeinsamen Buchs „Christologie auf dem Prüfstand. Jesus der Jude - Christus der Erlöser“. In diesem Zusammenhang kritisieren sie auch den jüngsten Aufsatz von Papst Benedikt XVI. zum Verhältnis von Christentum und Judentum. Striet nannte es im Gespräch mit der KNA überzogen, dem emeritierten Papst Antijudaismus vorzuwerfen. Benedikt XVI. setze sich aber nicht selbstkritisch mit der Rolle von Kirche und Theologie im Blick auf Antijudaismus oder die Schoah auseinander. „Ein deutscher Papst kann nach dem Holocaust nicht mehr so argumentieren.“ Ein „über viele Jahrhunderte konstanter theologischer Antijudaismus“ sei mitverantwortlich für Judenpogrome und die Schoah, sagte Striet. Er erinnerte an den Theologen Johann Baptist Metz, der Auschwitz ins Zentrum seines Denkens gestellt und als radikalen Einschnitt für Theologie und Kirche beschrieben habe. Bei Benedikt XVI. dagegen sei zur Frage, warum Gott solches Leid zugelassen habe, „wenig bis nichts zu spüren“. - Nach einem Treffen von Rabbinern mit Benedikt XVI. hieß es zuletzt in Rom, „Missverständnisse“ seien ausgeräumt worden. Striet sprach sich auch dafür aus, die traditionelle katholische Lehre von Sündenver-

gebung und Erlösung neu zu durchdenken. Anstelle der Vorstellung, dass Jesus am Kreuz als Sühneopfer für die Sünden der Menschen gestorben sei, könne in den Blick kommen, dass „Gott in Jesus am Kreuz selbst ein zu Tode Gefolterter ist und somit Gott am Ende der Tage vielleicht auch für jene Versöhnung bringen kann, die unter die Räder der Geschichte gekommen sind“. Jesus habe nicht sterben, sondern für Gott werben wollen, der „den am Rande einer Gesellschaft Stehenden nahe sein will“. Striet betonte, ausgehend davon, dass Jesus Jude war, könne ein neues Bild des historischen Jesus entstehen. Das Nachdenken darüber, was das für religiöse Vorstellungen heute bedeute, müsse aber immer im Dialog mit dem Judentum geschehen. In dem gemeinsamen Buch beschreibt Homolka, dass es über Jahrhunderte keine positive jüdische Auseinandersetzung mit der Person Jesu gegeben habe. Stattdessen sei Jesus beispielsweise als ein Symbol der christlichen Unterdrückung gesehen worden, so Homolka. Erst Ende des 19. Jahrhunderts habe im Judentum eine Wiederentdeckung des historischen Jesus begonnen. Wenn Christen heute über Jesus nachdächten, so Homolka, dürften sie dessen „Verankerung im Judentum“ nicht verdecken.

Walter Homolka, Magnus Striet, Christologie auf dem Prüfstand, Jesus der Jude - Christus der Erlöser, Herder, Freiburg 2019, 144 S., 16 Euro. (kna öki 29.01.2019)

- **Von Abraham bis Daniel Libeskind: Mit dem neuen Buch „222 Juden verändern die Welt“ hat der Physiker Mario Markus ein Personenlexikon der besonderen Art vorgelegt.** Darin versammelt er in kurzen Beiträgen Juden, die auf verschiedenen Feldern bahnbrechende Leistungen vollbracht haben - und damit aus seiner Sicht die Welt veränderten. Darunter sind biblische Personen wie Abraham als Stammvater von Judentum, Christentum und Islam und Jesus von Nazareth („über 2 Milliarden Anhänger“). Hinzu kommt Moses Mendelssohn, Wegbereiter der „jüdischen Aufklärung“ Haskala, der die Thora ins Deutsche übersetzte. Der Leser findet auch andere Bekannte wie Karl Marx, Heinrich Heine, Max Liebermann, Sigmund Freud, Theodor Herzl, Leonard Bernstein, Albert Einstein, Stanley Kubrick, Mark Zuckerberg, Bob Dylan und Daniel Libeskind. Unter den wenigen Frauen sind unter anderen Rosa Luxemburg, Hannah Arendt und Lise Meitner. Möglicherweise nicht so bekannt sind zahlreiche Naturwissenschaftler - etwa Selman Waksman und Albert Schatz, die die Tuberkulose besiegten, Dennis Gabor und die Erfindung der Holographie sowie Boris Chain und die Entdeckung des Penicillins. „Ein Großteil der bekannten jüdischen Persönlichkeiten, darunter Nobelpreisträger, sind Naturwissenschaftler“, sagte dazu Buchautor Markus der KNA in Dortmund. Ohnehin seien fast ein Viertel der Nobelpreisträger Juden. „Juden haben sich durch Leistung und Ideen integriert“, betonte Markus. Sie seien nicht nur Opfer der Schoah und nicht nur „Exoten“, sondern „auch kooperative Figuren unserer Gesellschaft. Das wird oft unter den Teppich gekehrt.“ Markus fügte hinzu, er hoffe, dass sein Buch auch etwas zu gesellschaftlichen Debatten beitragen könne. Etwa durch ein „Gefühl von Brüderlichkeit“ - wenn der Leser entdecke, dass jemand mit einer großen Leistung, die er schätze, Jude sei. Der Beauftragte der Bundesregierung für jüdisches Leben, Felix Klein, schreibt in seinem Geleitwort, dass der Autor in mit „trockenem Humor gewürzten Kurzbiografien“ herausragende jüdische Persönlichkeiten vorstelle. Die jetzt vorgelegte Sammlung sei auch ein politisches Buch: „Angesichts des sich wieder offener und unverhohlener manifestierenden Antisemitismus in Europa und in Amerika kommt dieses Buch jetzt genau zum richtigen Zeitpunkt.“ (kna öki 07.05.2019)

Alle Beiträge, die mit ILI News gezeichnet sind, entstammen mit freundlicher Genehmigung der Website www.il-israel.com. © kna öki